

Wilsdruffer Tageblatt

Verleger: Wilsdruff Nr. 6

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend

Postfach 28614

Abbestellung und Abrechnung der Abonnenten und Postträger nach dem 1. Mai für den folgenden Tag. Bezugspreis bei Abbestellung monatlich 4 Mk., durch unsere Postträger gesparten in der Regel monatlich 4,40 Mk., auf dem Lande 4,80 Mk., durch die Post bezogen monatlich 12,50 Mk. mit Postgebühren. Alle Postgebühren und Postkosten sowie unsere Postträger und Geschäftsstellen nehmen übertragene Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Steuern, Krieg oder sonstiger Verhältnisse hat der Besteller seinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Abrechnung des Bezugspreises.



Verlegerpreis 1 Mk. für die gewöhnliche Korrespondenz über deren Raum. Leihpreis 1 Pf. Anzeigen 2,50 Mk. Bei Wiederholung und Jahresausgaben erheblicher Preismäßig. Bestellungen in entfernten Gegenden sind um 10% zu erhöhen. Die Zeitungen werden 3 Mk. Nachzahlungsbetrag 30 Pf. Anzeigenpreise sind vorab zu zahlen. Für die Abgabe der Zeitung übermitteln die Besteller ihre Adressen. Jeder Anzeigenpreis ist gültig, wenn der Betrag durch Schecks eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Rechnung gestellt.

Erscheint seit dem Jahre 1841

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meissen, des Amtsgerichts Wilsdruff, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt. Verleger und Drucker: Arthur Zschunke in Wilsdruff. Verantwortlicher Schriftleiter: Hermann Pöppig, für den Inseratenteil: Arthur Zschunke, beide in Wilsdruff.

Nr. 109.

Donnerstag den 12. Mai 1921.

80. Jahrgang.

Amtlicher Teil.

Freibank-Rindfleisch. Donnerstag von 9—1 Uhr auf die Nummern 2741 bis 3190. Preis das Pfund 6 Mark. Wilsdruff, am 17. Mai 1921. Der Stadtrat. Kriegswirtschaftsabt.

Wir bitten höflich, Anzeigen bis 10 Uhr vormittags aufzugeben.

Annahme des Ultimatums mit 221 gegen 175 Stimmen im Reichstage.

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* Der Reichspräsident hat den Reichsfinanzminister Dr. Wirth zum Reichskanzler ernannt und mit der Bildung des Kabinetts beauftragt.

* Die amtlich beauftragte Kommission hat die amerikanische Regierung der Reichsregierung den Rat gegeben, das Ultimatum der Entente anzunehmen.

* Zwischen den englischen und französischen Mitgliedern der Entente-Kommission in Sydenham einerseits und den französischen andererseits ist es zu einem offenen Bruch gekommen.

* Der Entwurf eines Arbeitsnachweisgesetzes ist dem Reichswirtschaftsrat zugegangen.

* Die Vertreter der geschädigten Gebiete in Frankreich haben sich in Paris für Zulassung deutscher Arbeiter beim Wiederaufbau ausgesprochen.

* Der norwegische Gesandte in Berlin, Kolbe, ist zum Gesandten in Stockholm ernannt worden. Sein Nachfolger in Berlin wird der jetzige norwegische Gesandte in Rom, Arneum Scheel.

* Nach einer Meldung aus Peking beabsichtigt Japan, die Provinz Schantung den Chinesen zurückzugeben.

* Laut französischen Blättern sind im Zusammenhang mit dem Aufstand in Kronstadt 7000 Personen durch die Bolschewisten zum Tode verurteilt worden. Darunter befinden sich 1500 Frauen.

Zwischen Ja und Nein.

Aber die innerpolitische Lage bei der Entscheidung über Annahme oder Ablehnung des Entente-Ultimatums wird uns von einem politischen Mitarbeiter aus Berlin geschrieben:

Ob man das Mai-Ultimatum der Entente annehmen konnte, ob man es ablehnen mußte, diese Frage bewegte, seitdem es am Himmelfahrtstage in Berlin eingetroffen ist, unablässig die Gedanken und Empfindungen jedes Deutschen. Leicht hätten es bei diesen schicksalsschweren Entscheidungen nur diejenigen, die von vornherein, sobald nur das Wort „Ultimatum“ an ihr Ohr schlägt, zum Nein sagen entschlossen waren, die vor Entrüstung bebten, wenn sie daran denken, was die Feinde dem ehemals so stolzen Deutschen Reiche zu bieten wagten, und denen es das Herz brach, zu sehen, wie scheinbar unbewegt, wie gleichmütig das deutsche Volk von heute auch die schlimmsten Demütigungen hinnimmt, die ihm zugefügt werden. Doch reichen solche nur zu verständlichen Gefühle nicht aus, um Politik zu machen; wir müssen, was wir tun und lassen sollen, mehr als je auch mit unserem Verstande revidieren können, wenn wir nicht Gefahr laufen wollen, gerade diejenige Entscheidung zu fällen, auf die unsere unvorstellbarsten Hoffen am meisten ruhen.

Also annehmen, trotz alledem und alledem? Die so dachten, waren über die Ungeheuerlichkeit der uns zugeworfenen wirtschaftlichen Leistungen natürlich vollkommen im Klaren. Sie wagten aber nicht zu sagen, daß ihre Erfüllung unter allen Umständen unmöglich sei; denn einmal setzen sich diese Leistungen aus einem festen und einem unbestimmten Betrage zusammen, und dann ist ja auch das Maß unserer Leistungsfähigkeit keine unbedingt feststehende Größe. Sie kann, bei verhältnismäßig günstiger Gesamtlage, bei einiger Bereitwilligkeit dieser oder jener Weltmacht, uns aus allgemein wirtschaftlichen Gründen nach Möglichkeit zu Hilfe zu kommen, sozusagen gestreckt werden, und es ist doch wirklich nicht anzunehmen, daß, wenn die uns vorgeschriebenen Zahlungsmodalitäten erst einmal in Lauf gekommen sind, jede kleine Verzögerung oder Schwächung der Einzelleistungen, wenn sie wirklich nicht zu vermeiden war, sofort wieder als Kriegsgrund gegen uns geltend gemacht werden wird. Gewiß sind das unsichere Erwartungen, und man kann nicht voraussehen, ob und wie lange die gewinnlose Erhöhung der Gewinne in Frankreich noch andauern wird. Aber wenn wir ablehnten, käufen wir ganz bestimmt keine Erleichterung dieser letzten Zustände, sondern setzten uns, in den Augen der Franzosen und aller derer, die sich nun einmal unbefehligt von deren Stimmungen mit erfassen lassen, abermals ins Unrecht. Und was hatten wir dann? Die sofortige Befreiung des Ruhrgebietes mit allen ihren ganz unabsehbaren wirtschaftlichen und politischen Folgen. Von ihr bis zur Erneuerung der Mainlinie wäre dann nur noch ein Schritt, Rheinland-Westfalen hätte die längst Zeit zum Reiche gehört, unsere Volkswirtschaft wäre in jeder Beziehung von der Gnade der Franzosen abhängig geworden, und daß die Entente uns danach noch in Oberböhmen bestehen könnte, müßte als ausgeschlossen gelten. Frankreich würde binnen kurzem die härteste Industrie-

macht in Europa werden und könnte als solche sowohl England wie Amerika gegenüber noch ganz anders auftrumpfen — während, wenn wir annehmen, diese beiden Staaten, deren Wirtschaftsinteressen doch wirklich nicht mit denen Frankreichs bis zum letzten Ende konform gehen, Zeit gewinnen, um, mit aller gebotenen Vorsicht selbstverständlich, dieser ungemein verhängnisvollen Entwicklung noch in die Fänge fallen zu können. Und schließlich: konnten wir uns überhaupt noch zutrauen, den unausbleiblichen Folgen einer Ablehnung gewachsen zu sein? War unser unsäglich zermürbtes und zerrüttetes Volk wohl imstande, sich auch nur ruhigen Mutes klar zu machen, was ihm mit der Befreiung des Ruhrgebietes bevorstände? Würden dann die Hegei und Pufferei nicht sehr bald wieder gewonnenes Spiel haben? Würden wir nicht in Selbstzerfleischung und Bürgerkrieg vollends zugrunde gehen? Wer diese Fragen, ehrlicherweise bejahen mußte, konnte unmöglich die Folgen einer Ablehnung des Ultimatums auf sich nehmen. Für den konnte Entwerfungs- und Kriegsschuldigenfrage nur eine nebensächliche Rolle spielen, für den durfte auch die Ehrenfrage, die Rücksicht auf Würde und Selbstachtung nicht den Ausschlag geben. Wir sind nicht mehr in der Lage, diesen „Imponderabilien“ das Gewicht einzuräumen, das ihnen gebührt. Wir kämpfen im wirklichen Sinne des Begriffes um unser naches Leben.

Die es ablehnten, allen diesen Überlegungen und Vorstellungen Gehör zu schenken, taten es einmal, weil sie es nicht über sich gewinnen konnten, den Standpunkt des ehrlichen Kaufmanns preiszugeben. Der ehrliche Kaufmann will nichts davon wissen, Verpflichtungen auf sich zu nehmen, von denen er sozusagen mit tödlicher Gewißheit voraussetzen kann, daß er sie nicht zu erfüllen vermag. Neben diesem Gesichtspunkt verblieben alle sonstigen moralisch-politischen Erwägungen, denn das Wort ist und soll dem deutschen Kaufmann für immer heilig bleiben. Und wer sich bei seinem Nein weniger von wirtschaftlichen als von politischen Gedanken leiten läßt, bekennt immer wieder aufs neue, daß es unmöglich wäre, durch seine Unterschreitung unerfüllbare Verpflichtungen anzuerkennen, um ein Übel zu vermeiden, das dann doch in vier oder sechs oder acht Wochen unfehlbar eintreten muß, eben weil die uns auferlegten Bedingungen unerfüllbar sind. Und unter diesen Bedingungen spielten bei ihm die politischen Forderungen der Entente durchaus nicht die nebensächliche Rolle, wie bei den Befürwortern der Unterzeichnung. Sie kamen nicht darüber hinweg, daß die sofortige Aburteilung der sogenannten Kriegsverbrecher immer wieder von uns verlangt wird, als hätten wir nicht ohnehin schon längst alles getan, was in unseren Kräften stand, um diese unselige Frage aus der Welt zu schaffen. Und sie konnten es nicht über sich gewinnen, mit der Frage der Entlastung unserer Verpflichtungen wie der bayerischen Einwohnerwehr Verpflichtungen zu übernehmen, die ihnen den Forderungen der Gerechtigkeit zu widersprechen schienen. Auch hier abermals steht die technische Ausführbarkeit dessen, was von uns verlangt wird, so sehr in Frage, daß es ihnen gewissenlos erschien, ja zu sagen.

Die Geister schieden sich wieder einmal, nicht nach Parteien, sondern nach dem Gewissen, und niemand dürfte sich erdreisten, auf diejenigen, die in dem einen oder anderen Lager stehen, den ersten Stein zu werfen.

Dr. Wirth Reichskanzler. Das neue Reichskabinet.

Berlin, 10. Mai. (Amtlich.) Der Reichspräsident hat den bisherigen Reichsfinanzminister Dr. Wirth unter Ernennung zum Reichskanzler mit der Bildung des Kabinetts beauftragt und nach dessen Vorschlag folgende Reichsminister ernannt:

- Bauer, Reichsfinanzministerium und Reichskanzler.
- Dr. Gradnauer, Inneres.
- Robert Schmidt, Wirtschaft.
- Dr. Schiffer, Justiz.
- Dr. Seidler, Wehr.
- Giesberts, Post.
- Groener, Verkehr.
- Dr. Brauns, Arbeit.
- Dr. Hermes, Ernährung.
- Dr. Wirth mit einstweiliger Wahrnehmung der Geschäfte des Ministeriums des Inneren beauftragt.
- Finanzen und Wiederaufbau noch unbesetzt.

Die Erklärung des Reichskanzlers.

Berlin, 10. Mai. Präsident Ebert eröffnet die ursprünglich auf 4 Uhr nachmittags angelegte Sitzung um 9 Uhr abends. Zu gleicher Zeit betritt der neue Reichskanzler Dr. Wirth mit den Mitgliedern des neuen Kabinetts den Sitzungssaal.

Präsident Ebert gibt dem Wunsch Ausdruck, daß die Verhandlungen von dem Ernst getragen sein mögen, den die geschichtliche Stunde gebiete. (Beifall.) Dann nimmt

Reichskanzler Dr. Wirth zu folgender Erklärung das Wort. Der Reichspräsident hat mich ersucht, die Kabinettsbildung zu übernehmen. Ich habe geglaubt, in einer so entscheidungsschweren Stunde mich diesem Rufe nicht entziehen zu dürfen. (Der Reichskanzler nennt die Namen der ernannten Reichsminister.) Die Umstände, unter denen die Regierung gebildet werden mußte, haben es mit sich gebracht, daß nicht alle Ministerien zugleich besetzt werden konnten. Die hierdurch gebotene Ergänzung des Ministeriums soll unter Erwägung aller für die Zusammensetzung des Ministeriums wesentlichen Gesichtspunkte in Angriff genommen werden. Unsere Aufgabe in dieser schweren Stunde ist es, die

Entscheidung des Reichstages über das Ultimatum

der alliierten Regierungen herbeizuführen. In eingehenden Verhandlungen haben Sie, meine Damen und Herren, sich Ihre Meinung über Inhalt und Bedeutung dieses Ultimatums gebildet. Um Hinblick auf den Ablauf der Frist muß ich Sie bitten, dieser Ihrer Meinung durch eine unverzügliche Entschliebung Ausdruck zu geben. Es bleibt uns keine andere Möglichkeit, als Annahme oder Ablehnung. So haben es die Sieger beschlossen. Ein Ja bedeutet, daß wir uns bereit erklären, die schweren finanziellen Lasten, die man Jahr für Jahr von uns fordert, in freier Arbeit zu tragen, ein Nein aber bedeutet Zwangsvollstreckung in unserer ganzen Volkswirtschaft. Sklavenarbeit unter der Drohung feindl. Bajonette würde die Zerstückelung unseres geschwächten Wirtschaftskörpers bedeuten; Anbelang des ganzen Erwerbs wären die Folgen. Noch ungeheurer könnten sich die Folgen auswirken für unsere politische Existenz. Für unser Reich steht mehr als Geld und Gut auf dem Spiele. (Zustimmung.) Es handelt sich um die ganze Zukunft unseres hartgeprüften deutschen Vaterlandes. Um das Reich und seine Einheit zu retten, Deutschland vor der Gefahr einer feindlichen Invasion zu bewahren, die deutsche Freiheit zu bewahren, um das deutsche Volk ... (Die nächsten Worte geben in großem Arm der Kommunisten unter).

Die deutsche Regierung nimmt aus diesem Grunde das Ultimatum an.

(Bewegung.) Wir wissen, daß mit dieser Annahme gewaltige Folgen verknüpft sein werden für die Gestaltung unseres Wirtschaftslebens. Wir wissen vor allem, daß die Bedingungen für die weltwirtschaftliche Eingliederung Deutschlands schwer sein werden. Die Verantwortung für die weltwirtschaftliche Bedeutung des Ultimatums liegt aber bei der Gegenseite. (Sehr richtig!) Unsere Verantwortung erfordert volle Arbeit und volle Aufrichtigkeit. (Bewegung.) Zwecklos wäre es, ein Ja auszusprechen, ohne den ersten und entschlossenen Willen, das Äußerste anzubieten, den uns auferlegten Lasten gerecht zu werden. Nur durch Leistungen, nicht durch Worte können wir unsere Gegner von der Aufrichtigkeit unseres Willens überzeugen. (Zustimmung bei der Mehrheit.) Wir müssen aber verlangen, daß eine

erträgliche Handhabung der Londoner Beschlüsse

im Rahmen unserer Leistungsfähigkeit gesichert wird. (Lebhafte Zustimmung.) Durch Annahme des Ultimatums beseitigen wir die nahe drohende Befreiung des Ruhrgebietes. (Abfall auf der äußersten Rechten und äußersten Linken.) Die Befürchtung, daß — mögen wir unterzeichnen oder nicht — es doch einmal zu der Befreiung kommen wird, findet in dem Ultimatum keine Stütze. (Lachen rechts.) Nach dem Sinne und dem Wortlaut bildet die Abstandsnahme von Sanktionen, insbesondere die Rückbefreiung des Ruhrgebietes, die Grundlage der Annahme des Ultimatums. (Beifall.) Daß wir bei dieser schicksalsschweren Entscheidung unseren Blick auch auf Oberböhmen richten, bedarf keiner Begründung. Ausschlaggebend muß das Ergebnis der Volksabstimmung sein. (Erneuter Beifall.) Worauf es jetzt ankommt, ist, daß die alliierten Regierungen den von polnischer Seite gemachten Versuch, eine allem Recht hohnsprechende Falschade zu schaffen, nicht dulden werden, daß auf keinen Fall polnischer Terror unser Recht aus dem Friedensvertrag mit Füßen tritt. Dieser Friedensvertrag, durch den uns, durch den Deutschland und seinem Volke gigantische Lasten auferlegt werden, begründet für die Alliierten heilige Pflichten, die der englische Premierminister noch in diesen Tagen ausdrücklich anerkannt hat. Die neue Regierung empfiehlt Ihnen nach pflichtgemäßer Prüfung die Annahme des Ultimatums. (Beifall bei der Mehrheit.)